

Info-Brief

August 2015

Zehn Jahre Integrationskurse - ein Fazit

Träger fordern Angebote für alle Einwanderer sowie
Planungssicherheit und Reformen bei Dozenten honoraren

Berlin | Rund 110 Personen aus Politik, Trägerverbänden, Wissenschaft und Gewerkschaft haben an der Fachtagung „10 Jahre Integrationskurse – Bilanz und Perspektive“ am 17. Juni teilgenommen, eine gemeinsame Veranstaltung von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem Deutschen Volkshochschulverband (DVV) und dem Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB).

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden der Verbände, Marlis Tepe (GEW), Prof. Rita Süßmuth (DVV) und Thiemo Fojkar (BBB) plädierte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoguz, für eine umfassende integrative Politik, eine Differenzierung in der Sprachförderung sowie eine angemessene Wertschätzung der Arbeit der Lehrkräfte.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung kamen Dozentinnen und Dozenten, Trägervertreter und Bundestagsabgeordnete zu Wort. Es wurden Probleme, die in der

Integrationskursverordnung angelegt sind, und Fragen zu Schwierigkeiten aus der Praxis thematisiert, die sich besonders aus der verschärften, aktuellen Situation der großen Flüchtlingszahlen ergeben: Wird die bestehende Differenzierung der Kurse den veränderten Zuwanderungsgruppen gerecht? Sind zentrale Steuerung und bürokratischer Aufwand kompatibel mit einem variablen Kurssystem? Wie lassen sich die Bedeutung und Qualitätssicherung der Kurse mit der unangemessenen Vergütung der Lehrkräfte vereinbaren?

Dabei wurde klar, „mehr Geld im System“ durch Erhöhung der Flüchtlingszahlen und Kurse verbessert nicht automatisch die Situation der Lehrkräfte. Diese Auffassung des Innenministeriums wurde ebenso deutlich zurückgewiesen wie dessen Darstellung, dass die Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte einzig und allein Sache der Träger wären – schließlich werden die finanziellen und damit auch die strukturellen Rahmenbedingungen durch das Ministerium bestimmt.

Bei der abschließenden Gesprächsrunde mit den Abgeordneten aus dem Innenausschuss des Bundestages äußerten Fraktionsvertreter Rüdiger Veit (SPD), Sevim Dagdelen (Die Linke) und Volker Beck (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) Verständnis für die Forderungen der Lehrkräfte, legten sich allerdings nicht auf einen bestimmten Umfang der benötigten Gelder fest. Die CDU/CSU war eingeladen, aber in der Runde nicht vertreten.

In einem Positionspapier, das vorgestellt wurde, erklärt das Bündnis, warum das Erfolgssystem „10 Jahre Integrationskurse“



Staatsministerin Aydan Özoguz plädiert für eine umfassende integrative Politik, eine Differenzierung in der Sprachförderung sowie eine angemessene Wertschätzung der Arbeit der Lehrkräfte.



Engagieren sich für bessere Bedingungen für Lehrkräfte und Zugewanderte (v.l.): Prof. Dr. Rita Süßmuth, Aydan Özoguz, Ulrich Aengenvoort (DVV), Thiemo Fojkar, Walter Würfel (BBB).



Sehen die Notwendigkeit, die Integrationskurse für alle Flüchtlinge zu öffnen, die Fraktionsvertreter: Rüdiger Veit, Sevim Dagdelen und Volker Beck (v.l.). Diskussionsleiter: Josef Mikschl, GEW (2. v. r.).



An die Politik: Honorarkräfte protestieren im Saal gegen prekäre Arbeitsbedingungen und Bezahlung.

Inhalt

- Zehn Jahre Integrationskurse - ein Fazit
- Editorial
- Geringe Chancen für Ungelernte
- Bildung in einer digitalisierten Welt
- BBB erörterte Qualitätskriterien mit der Bundesagentur
- Nationale Dekade der Alphabetisierung beantragt
- EVBB konferiert im Oktober in Brüssel

Fortsetzung Seite 3



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Industrie 4.0 und die Auswirkungen auf die Anforderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen Fahrt auf. Auch die Digitale Bildung ist nicht nur ein avantgardistisches Schlagwort, sondern Bildung 4.0 ist in der Realität angekommen.

Saskia Esken von der SPD-Bundestagsfraktion gibt auf Seite 3 Einblicke in die politische Ausrichtung der Regierungskoalition zur „Digitalen Bildung“. Dabei ergeben sich Fragen: Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf das Portfolio der Bildungsdienstleister? Oder, wird die klassische Bildung überflüssig?

Betrachtet man die Situation von Langzeitarbeitslosen, wohl kaum. Oftmals ungelernt, haben sie trotz des enormen Fachkräftebedarfs nur wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Menschen gilt es zu qualifizieren – Stichwort: abschlussorientierte Weiterbildung. Hier stemmen die Bildungsanbieter eine fundamentale bildungspolitische Aufgabe, gerade wenn es um Integration geht.

Zum Beispiel setzt sich der BBB, gemeinsam mit dem Deutschen Volkshochschulverband und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, derzeit für eine spürbare Aufwertung der Leistungen von Dozentinnen und Dozenten bei den Sprachkursen im Rahmen von Integrationsmaßnahmen ein. In einer bisher einmaligen konzertierten Aktion machen wir uns gegenüber der Politik stark für diese Berufsgruppe. Und wir werden in den kommenden Monaten gemeinsame Aktionen durchführen, um deren prekäre Situation zu verbessern. Dafür stehen wir als Verband!

Wir, der gesamte Vorstand, wünschen Ihnen eine erholsame Urlaubszeit.

Herzlichst Ihr
Thiemo Fojkar
Vorsitzender des Vorstandes

Geringe Chancen für Ungelernte

Die Union will den Langzeitarbeitslosen besser helfen / Der DGB setzt auf abschlussorientierte berufliche Weiterbildung

Berlin | Etwa eine Million Menschen in Deutschland sind mehr als ein Jahr ohne Arbeit. Dahinter verbergen sich verschiedenste Schicksale wie: Langzeitarbeitslose, die 55 Jahre und älter sind, Menschen, die seit vielen Jahren Hartz IV beziehen oder junge Eltern, die seit Jahren auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind.

Diese Problemgruppen will die CDU/CSU künftig stärker unterstützen, um ihnen den Sprung auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern, sagte ihr arbeitsmarktpolitischer Sprecher Karl Schiewerling der Süddeutschen Zeitung. Dabei will die Union auch Neues ausprobieren: Integrationsbetriebe sollen für Langzeitarbeitslose geöffnet und spezielle Sozialunternehmen geschaffen werden. Außerdem fordert die Union, den Service in den Jobcentern für Arbeitgeber zu verbessern und Langzeitarbeitslose ohne Berufsabschluss vorrangig in eine Ausbildung zu vermitteln. Damit würden die Unionsparteien in etwa der Forderung des DGB nachkommen, der in einer Untersuchung „Zur Situation Geringqualifizierter auf dem Arbeitsmarkt“ mehr abschlussorientierte berufliche Weiterbildungen für Arbeitslose verlangt.

Aus der Untersuchung geht hervor, die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt hat sich erhöht. Besonders schwer haben es Un- und Angelernte. Die Arbeitslosenquote bei Geringqualifizierten ist etwa viermal höher als bei Menschen mit abgeschlossener Ausbildung. Der Anteil von Menschen ohne formalen Qualifikationsabschluss an allen Arbeitslosen steigt kontinuierlich an; in Westdeutschland liegt er im Hartz-IV-System bereits bei mehr als 60 Prozent, Tendenz steigend.

Die bildungspolitischen Anstrengungen sowohl im schulischen wie berufsbildenden System bleiben deutlich hinter den Herausforderungen zurück. Zuletzt

lag die Arbeitslosenquote von Menschen ohne Berufsabschluss in Deutschland bei 19,6 Prozent. Zum Vergleich: Die der Akademiker lag bei 2,4 Prozent, die der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung bei 5,1 Prozent. Gut ausgebildete Arbeitnehmer haben demnach weit bessere Beschäftigungschancen als diejenigen ohne Berufsabschluss.

Der Bedarf an beruflicher Weiterbildung ist unverändert hoch. Bis 2013 wurden fast 1,3 Milliarden Euro investiert. Es hätten noch mehr Mittel zur Verfügung gestanden. Diese sind jedoch nicht abgerufen worden. Hier zeigt sich, dass arbeitsmarktpolitische Förderangebote noch viel stärker bekannt gemacht werden müssen.

Die Nutzung von Angeboten beruflicher Weiterbildung ist im hohen Maße von schulischer Vorbildung abhängig. Geringqualifizierte

tragen das höchste Arbeitsmarktrisiko und müssen vordringlich qualifiziert werden. Der Bildungsgutschein als Instrument für die Steuerung des Marktes hat sich nur teilweise bewährt. Gerade für Geringqualifizierte bedeutet er praktisch oft eine unüberwindbare Grenze. Der DGB empfiehlt daher, Maßnahmen mit einem festem Kontingent und fester Zuweisung von Teilnehmern durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter auszuweiten. Es ist erforderlich, so der DGB, dass der Bund das Eingliederungsbudget der Jobcenter gezielt für abschlussorientierte Weiterbildung verstärkt.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hatte bereits Ende 2014 ein Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit vorgelegt, das sie jetzt schrittweise umsetzen lässt. Allerdings räumte Schiewerling ein, dass voraussichtlich nicht mehr Geld im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung stehen werde. Die sogenannten Eingliederungsmittel der Jobcenter hatte noch die schwarz-gelbe Bundesregierung um 40 Prozent gekürzt. fs



Bildung in einer digitalisierten Welt

Saskia Esken

Unter dem Hashtag #digitalebildung diskutieren wir in der Öffentlichkeit, in der Politik und auch in den Bildungseinrichtungen, wie allen Bürgerinnen und Bürgern ein kompetenter Umgang mit digitalen Medien und damit die souveräne Teilhabe in einer digitalisierten Welt ermöglicht werden soll.

Überall in Deutschland gibt es schon heute einzelne Schulen und Lehrkräfte, die sich der veränderten Lebensrealität in dieser Welt mit großem Engagement stellen. Die internationale ICILS-Studie (2013) mit teils beunruhigenden Ergebnissen für die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen deutscher Jugendlicher - beim Einsatz digitaler Medien im Unterricht ist Deutschland sogar Schlusslicht – verdeutlichte, dass in der Fläche einiger Handlungsbedarf besteht. Prof. Dr. Birgit Eickelmann, die die Studie für Deutschland koordiniert hat, spricht davon, dass wir in Deutschland gerade dabei seien, „ein Drittel der Schüler auf dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft zu verlieren“. Eine Bildungspolitik, die den Ausgleich sozialer Benachteiligung zum Ziel hat, kann die digitale Spaltung unserer Gesellschaft nicht tatenlos hinnehmen.

Dazu erzeugt der anstehende, grundlegende Wandel von Wirtschaft und Verwaltung nicht nur einen erhöhten Bedarf an Fachkräften der Informations- und Kommunikationstechnologie, sondern zunehmend auch an „klassischen“ Mitar-

beitern, die souverän mit digitalen Medien arbeiten können.

Mit dem Antrag „Durch Stärkung der Digitalen Bildung Medienkompetenz fördern und digitale Spaltung überwinden“ der Bundestagsfraktionen von SPD und Union haben wir konkret beschrieben, welche Maßnahmen im Rahmen der „Strategie Digitales Lernen“, die die Bundesregierung in ihrer Digitalen Agenda vorsieht, in Bund und Ländern umgesetzt werden sollten.

Für erfolgreiche
Medienbildungskonzepte
benötigen Lehrkräfte verpflichtende
Ausbildungsinhalte und
passgenaue Angebote für die
Weiterbildung.

Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien erwerben und dass sie ein grundlegendes Verständnis für die Sprache der Digitalisierung, die Logik der Algorithmen erhalten. Gerade bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche sollen so besser für eine Teilhabe an der digitalisierten Welt befähigt werden.

Für eine erfolgreiche Umsetzung solcher Medienbildungskonzepte benötigen die Lehrkräfte und andere pädagogische Fachkräfte verpflichtende Ausbildungsinhalte und passgenaue Angebote für die Weiterbildung.

Dabei kann der gezielte Einsatz digitaler Medien die Lehrkräfte bei der Umsetzung moderner Unterrichtskonzepte unterstützen, die kreative, individuelle Lernprozesse in heterogenen Gruppen begünstigen und damit den Erwerb notwendiger Kompetenzen für das 21. Jahrhundert: Kreativität, Kollaboration, Kommunikation und kritisches Denken.

Wir empfehlen in unserem Antrag die fächerübergreifende Verankerung der Medienkompetenz in den Bildungsplänen ebenso wie einen zeitgemäßen und jeweils entwicklungsgerechten Informatikunterricht.

Die Gestaltung einer freien und gerechten, positiven digitalen Zukunft kann dann gelingen, wenn digital souveräne Bürger aktiv und kompetent an ihr teilhaben. Das Bildungssystem muss sich dieser wichtigen Herausforderung stellen und die Chancen wahrnehmen, die darin gleichzeitig für die Qualität der Bildung liegen.



Saskia Esken, MdB

Berichterstatterin der
SPD-Bundestagsfraktion
für Digitale Bildung

Fortsetzung: Zehn Jahre Integrationskurse ...

dringend reformbedürftig ist. Es beschreibt die nächsten politischen Schritte, die von der Bundesregierung gefordert werden. Reformbedarf sieht das Bündnis, dem sich nahezu das gesamte Spektrum der Integrationskursträgerlandschaft* angeschlossen hat, insbesondere in drei Bereichen:

- Die Integrationskurse müssen sowohl für Asylsuchende als auch für Geduldete geöffnet werden.

- Die Lehrkräfte müssen leistungsgerecht bezahlt und sozial abgesichert werden.
- Die Träger brauchen mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie.

Für die Reform werden zusätzliche Mittel benötigt, die sich im Vergleich zu ihrem hohen Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft vergleichsweise bescheiden ausmachen. *Walter Würfel*

*Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V., Arbeit und Leben, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit, Katholische Erwachsenenbildung Deutschland, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, DAZ Netzwerk und der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Download der Positionspapiere unter:
www.bildungsverband.info

BBB erörterte Qualitätskriterien mit der Bundesagentur

Nürnberg | Am 1. Juli fand ein Fachgespräch zu Qualitätskriterien bei der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen (AMDL) statt. Eingeladen waren die Trägerverbände BBB, die BAG Arbeit, der VdP, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege mit Parität und Diakonie sowie der Wuppertaler Kreis.

Mit der neuen Vergaberichtlinien der EU ist es möglich, in die Bewertung von Angeboten der Träger Kriterien aufzunehmen und zur Wirkung zu bringen, die bisher so nicht zulässig waren. Es geht um die Berücksichtigung der Qualität des Personals und um die Erfolge vorangegangener Maßnahmen eines Trägers, der sich auf eine Ausschreibung bewirbt.

Aus Sicht der Bundesagentur sollen nur objektiv(erbar)e Kriterien zur Geltung kommen, also etwa die Integrationsquoten eines Trägers, d. h. die Vermittlungsquoten in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, außerdem die Abbruchquoten.

Die Verbände machten deutlich, dass noch ganz andere Kriterien die Qualität der AMDL bestimmen, nämlich die Durchführungsqualität einer Maßnahme, die örtliche Verankerung des Trägers in die relevanten Netzwerke und die Teilnehmerzufriedenheit, außerdem die Integrationsfortschritte der Teilnehmer, also eher weiche Kriterien. Ergebnisse des AMDL-Prüfdienstes können nicht herangezogen werden, weil dieser nur etwa 15

Prozent aller Maßnahmen abdecken kann. Es wurde deutlich, dass es große Unterschiede zwischen den Auffassungen der Fachabteilungen der BA (Arbeitsvermittlung und Grundsicherung, also SGB II und III), des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf der einen und des zentralen Einkaufs auf der anderen Seite gibt. Dabei war der allgemein vorherrschende Eindruck der, dass der Einkauf in dieser Debatte einen sehr großen Einfluss hat.

Gegen Ende Juli wird eine Expertise veröffentlicht, die Qualitätskriterien bei der Vergabe ausführlich untersucht und Vorschläge unterbreitet. Die BA will die Ergebnisse dieser Expertise in ihren Überlegungen berücksichtigen. *Walter Würfel*

Nationale Dekade der Alphabetisierung beantragt

Berlin | Lesen und Schreiben sind Grundvoraussetzung für den Erwerb von Fachwissen und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

7,5 Millionen Menschen und damit 14 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland können keine zusammenhängenden Texte lesen oder schreiben. Die Betroffenen gelten damit als sogenannte funktionale Analphabeten. Zu diesem Ergebnis kam 2011 die Studie „leo. – LevelOne“ der Universität Hamburg. Eine andere, von der OECD später veröffentlichte Studie, zeigt Ähnliches. Ein Sechstel der Erwachsenen in Deutschland verfügt nur über Lesekenntnisse auf unterstem Grundschulniveau.

Bund und Länder haben seit ihrer Veröffentlichung viele Initiativen zur Verbes-



serung der Alphabetisierung gestartet. Die damals etablierte „Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung“ läuft 2016 aus. Die Regierungsfractionen des Bundestages beantragten jetzt, das Programm in eine „Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung“ zu überführen. Bei der konzeptionellen Ausgestaltung setzen die Koalitionsfractionen auf bewährte

Instrumente und die Etablierung neuer Förderformate.

Das Konzept basiert vor allem auf drei Instrumenten:

1. ein familien- und lebensweltorientiertes Förderprogramm
2. den Ausbau arbeitsplatzorientierter Grundbildung für erwerbstätige Menschen und
3. die Etablierung einer nationalen Koordinierungs- und Monitoring-Stelle. Zentrale Akteure dieser Instrumente sind

Unternehmen, Gewerkschaften sowie entsprechende Träger. Im Haushalt 2015 sind Mittel in Höhe von knapp 20 Millionen Euro für den Kampf gegen funktionalen Analphabetismus und fehlende Grundbildung bereitgestellt. *fs*

EVBB konferiert im Oktober in Brüssel

Frankfurt am Main | Unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments tagt der Europäische Verband Beruflicher Bildungsträger vom 22. bis 23. Oktober in der hessischen Landesvertretung in Brüssel zum Thema „Ausbildung und Kompetenzen für Beschäftigung und Entwicklung“. Vorträge namhafter Europa-Politiker und verschiedene Workshops stehen auf dem

Programm. Auf dem Abschluss-Workshop am 24. Oktober wird das EVBB-Projekt NEETs (Not in Education, Employment or Training), vorgestellt, das jungen Erwachsenen helfen will, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Fortbildung oder Ausbildung befinden. Informationen und Anmeldung unter: www.evbb.de/konferenzen

BBB Info-Brief, August 2015

Herausgeber

BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.
Vorsitzender des Vorstandes: Thiemo Fojkar
Hannoversche Straße 19a · 10115 Berlin
www.bildungsverband.info

Redaktion

Franz Siegert, Walter Würfel
Telefon 030 20454849
redaktion@bildungsverband.info

Fotos · Karikatur

Rumpfenhorst, Scherhauber, Siegert, Stuttmann

Druck

GOB-Service · Hamburg

Nächster Redaktionsschluss: 28. September